

Jan-Werner Müller
Das demokratische Zeitalter

Schriftenreihe Band 1408

Jan-Werner Müller

Das demokratische Zeitalter

Eine politische Ideengeschichte Europas
im 20. Jahrhundert

Aus dem Englischen von Michael Adrian



Bundeszentrale für politische Bildung

Jan-Werner Müller, geboren 1970, lehrt Politische Theorie in Princeton. Gastprofessuren führten ihn nach Budapest, New York, Paris und Florenz. Er ist Mitbegründer des European College of Liberal Arts (ECLA) in Berlin.

Titel der Originalausgabe:

Contesting Democracy. Political Ideas in Twentieth-Century Europe

Erstmals erschienen 2011 bei Yale University Press

Copyright © 2011 Yale University

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Bundeszentrale für politische Bildung dar. Für die inhaltlichen Aussagen trägt der Autor die Verantwortung.

Bonn 2013

Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung

Adenauerallee 86, 53113 Bonn

© der deutschen Ausgabe Suhrkamp Verlag Berlin 2013

© Jan-Werner Müller

Umschlaggestaltung: Michael Rechl, Kassel

Umschlagmotiv: Thanh-Khoa Tran / plainpicture / Fancy Images

Druck: Druckhaus Nomos, Sinzheim

ISBN 978-3-8389-0408-5

www.bpb.de

Inhalt

| | |
|---|-----|
| Einleitung | 7 |
| 1 Die geschmolzene Masse | 17 |
| 2 Experimente zwischen den Kriegen: Neue Völker, neue Seelen | 85 |
| 3 Faschistische Subjekte: Der totale Staat und die Volksgemeinschaft | 155 |
| 4 Denken im Wiederaufbau: Selbstdisziplinierte Demokratien gegen »Volksdemokratien« | 211 |
| 5 Politisch folgenlos?: 68 und der Weg in eine vaterlose Gesellschaft | 289 |
| 6 Antipolitik – und das Ende der Geschichte? | 340 |
| | |
| Bildteil nach S. | 246 |
| | |
| Anmerkungen | 408 |
| Danksagung | 467 |
| Literaturverzeichnis | 471 |
| Abbildungsverzeichnis | 500 |
| Register | 501 |

Für Erika

Einleitung

Sie wissen, daß ich weniger nach Tatsachen suche als vielmehr nach den Spuren des Gangs der Ideen und Empfindungen. Das vor allem ist es, was ich nachzeichnen möchte. [...] [D]ie Schwierigkeiten sind immens. Am problematischsten erscheint mir dabei die Mischung der Geschichte im engeren Sinn mit historischer Philosophie. Ich sehe immer noch nicht, wie man beides miteinander verbinden soll (verbunden werden aber müssen sie, könnte man doch sagen, daß erstere die Leinwand ist und letztere die Farbe und daß man beides zugleich braucht, um ein Bild zu malen).

Alexis de Tocqueville

Habt ihr all die anderen Bankrotte vergessen? Was hat das Christentum in den diversen gesellschaftlichen Katastrophen gemacht? Was ist aus dem Liberalismus geworden? Was hat der Konservatismus bewirkt, sei es in seiner aufgeklärten oder in seiner reaktionären Gestalt? [...] Wenn wir die ideologischen Bankrotte wirklich ehrlich gegeneinander aufrechnen wollen, dann haben wir uns einiges vorgenommen.

Victor Serge

Die Demokratie hat sich überall dort entwickelt, wo die abstrakte Anziehungskraft des Ideologen und die konkreten Experimente des Praktikers zusammenwirkten.

A. D. Lindsay*

Der Ideenhistoriker Isaiah Berlin bemerkte einmal: »Ich habe fast das ganze 20. Jahrhundert erlebt, ohne persönliche Not zu erleiden, wie ich hinzufügen muß. In meiner Erinnerung ist es nur das schrecklichste Jahrhundert in der Geschichte des Westens.«¹ Zugleich war dieses Jahrhundert eines, in dem politische Ideen eine ungewöhnlich wichtige Rolle zu spielen schienen – und zwar in solchem Ausmaß, daß die Zeitgenossen sie unmittelbar mit den Katastrophen und Umwälzungen in Verbindung brachten, die sie durchlebten. Dieser Glaube an den geradezu unermesslichen Ein-

fluß von Ideen fand sich unabhängig von der politischen Ausrichtung. Der polnische Dichter (und Antikommunist) Czesław Miłosz bemerkte einmal: »Erst um die Mitte des 20. Jahrhunderts ist es den Einwohnern vieler europäischer Länder klargeworden – und meist war es für sie eine sehr bittere Erfahrung –, daß die gelehrten Werke der Philosophen, so unverständlich und absurd sie dem Durchschnittsmenschen auch erscheinen mochten, auf ganz unmittelbare Weise ihr Schicksal bestimmen konnten.«² Ungefähr zur selben Zeit soll der sowjetische Partei- und Regierungschef Nikita Chruschtschow über den antisowjetischen Aufstand im sozialistischen Ungarn nüchtern festgestellt haben, dies »wäre nie passiert, wenn man rechtzeitig ein paar Schriftsteller erschossen hätte«.³

Folglich wird das 20. Jahrhundert häufig vor allem als ein »Zeitalter der Ideologien« interpretiert. Aus dieser Perspektive erscheinen Ideologien als Formen eines leidenschaftlichen, mitunter auch fanatischen Glaubens an Ideen und Entwürfe zur Perfektionierung der Gesellschaft.⁴ Die Story geht dann für gewöhnlich so: Um 1917, das Jahr der russischen Revolution, wurden die Europäer mehr oder weniger unbegreiflicherweise von einem ideologischen Fieber erfaßt, einer Krankheit, von der sie erst gegen 1991 durch den Untergang des Sowjetreichs und den offensichtlichen Triumph der liberalen Demokratie über Faschismus und Kommunismus geheilt werden sollten.

Betrachtet man das 20. Jahrhundert jedoch lediglich als eine Zeit irrationaler politischer Extreme oder gar als ein »Zeitalter des Hasses«, dann übersieht man, daß nicht nur Intellektuelle und führende Politiker, sondern auch gewöhnliche Männer und Frauen viele der in den abstrusen Büchern enthaltenen Ideologien (und der mit ihrer Hilfe gerechtfertigten Institutionen) eben auch als plausible Lösungen für ihre Probleme verstanden. Gewiß, Ideologien sollten nicht zuletzt Sinn und sogar Erlösung stiften, so daß es durchaus gerechtfertigt ist, manche von ihnen als »politische Religionen« oder, mit Churchill, als »gottlose Religionen« zu bezeichnen. Viele

der in ihrem Namen geschaffenen Institutionen jedoch versprochen darüber hinaus wesentlich besser zu funktionieren als die des Liberalismus, der vielen Europäern wie ein hoffnungslos veraltetes Relikt des 19. Jahrhunderts vorkam. Rückblickend erscheint ein Satz wie der, den der faschistische Philosoph Giovanni Gentile 1927 in der amerikanischen Zeitschrift *Foreign Affairs* schrieb – »Der Faschismus entstand, um gravierende politische Probleme im Italien der Nachkriegszeit zu lösen« –, nicht nur als die abstoßende Verharmlosung, die er auch ist, sondern als Banalität.⁵ Doch jeder Darstellung, die den Anspruch der Ideologien auf Problemlösung und erfolgreiche Experimente auf institutionellem Feld vollkommen ausblendet, entgeht eine ihrer wesentlichen Dimensionen.⁶ Wir müssen wieder ein Bewußtsein dafür entwickeln, warum und auf welche Weise Ideologien derart attraktiv sein konnten – ohne damit natürlich irgend etwas entschuldigen zu wollen. Wenige Klischees haben in der Ideengeschichtsschreibung mehr Schaden angerichtet als die Devise *tout comprendre, c'est tout pardonner*.⁷

Um ein solches Verständnis zu gewinnen, dürfen wir uns nicht mit den vorliegenden Darstellungen der Entwicklung bedeutender politischer Philosophien des europäischen 20. Jahrhunderts begnügen. Wir sollten uns vielmehr auf das konzentrieren, was sich *zwischen* dem mehr oder weniger akademischen politischen Denken auf der einen Seite und der Schaffung (und Zerstörung) politischer Institutionen auf der anderen Seite abspielt. Mit einem Wort: Wir müssen jene politischen Theorien erfassen, die politisch folgenreich waren, jene Bereiche des politischen Denkens, in denen, wie es der britische Gelehrte A. D. Lindsay einmal sagte, die Arbeit des abstrakten Ideologen und Experimente in der Praxis zusammenwirken.⁸

Folglich wird der vorliegende Essay einen bestimmten Typus, den man als »Grenzgänger« bezeichnen könnte, besonders in den Blick nehmen, nämlich philosophierende Staatsmänner, öffentlich wirkende Juristen, Verfassungsberater, das eigentümliche und auf

den ersten Blick in sich widersprüchliche Phänomene der »Bürokraten mit Visionen«, Philosophen, die politischen Parteien und Bewegungen nahestehen, sowie die »berufsmäßigen Ideenvermittler« oder »second-hand dealers« in Ideengütern, wie Friedrich von Hayek sie einmal nannte.⁹ Diese Titulierung war keineswegs abschätzig gemeint: In Hayeks Augen waren diese Leute oft bedeutend wichtiger als viele originelle Ideenlieferanten. In einer Zeit, in der die »Massendemokratie« zu voller Blüte kam, bestand tatsächlich ein besonderer Bedarf an solchen Vermittlern. Denn mit der Massendemokratie ging unter anderem die offensichtliche Notwendigkeit massenhafter Rechtfertigung (oder massenhafter Legitimation) einher, wie man dies nennen könnte – die Notwendigkeit also, Herrschafts- und Institutionsformen zu rechtfertigen, aber auch die weniger offensichtliche Entstehung ganz neuer politischer Subjekte, etwa einer ethnisch oder ideologisch »gesäuberten Nation« oder eines Volkes, das sein Vertrauen in eine einzige sozialistische »Avantgardepartei« setzte.¹⁰ Nachdem traditionelle Legitimitätsvorstellungen und die Prinzipien dynastischer Abstammung allgemein diskreditiert waren, also spätestens nach dem Ersten Weltkrieg, mußten sich die Rechtfertigungen politischer Herrschaft grundlegend ändern.

Das soll nicht heißen, vor etwa 1919 seien öffentliche Rechtfertigungen politischer Herrschaft nicht nötig gewesen – natürlich waren sie das. Doch mußten sie im 20. Jahrhundert sowohl umfassender als auch expliziter ausfallen. Dies galt sogar dann, wenn die Legitimität im persönlichen Charisma eines Führers gesucht wurde oder wenn sie sich auf eine funktionierende Staatsbürokratie stützte, die die Wünsche der Bürger zu befriedigen verstand: Weder Charisma noch die Bereitstellung wohlfahrtsstaatlicher Leistungen sprechen für sich oder erklären sich selbst. Besonders offensichtlich war der neue Zwang zu öffentlicher Rechtfertigung sowohl in den rechtsgerichteten Regimen, die im Namen der Tradition zu herrschen versuchten, als auch in den Königsdiktaturen, wie sie vor

allem in der Zwischenkriegszeit blühten: Tradition und monarchische Legitimität wurden eben nicht mehr als selbstverständlich betrachtet und auch nicht mehr aus reiner Gewohnheit akzeptiert – sie mußten ausbuchstabiert und aktiv beworben werden. Das Erfordernis massenhafter politischer Rechtfertigung war schlechterdings nicht mehr rückgängig zu machen.

Die Menschen, die das 20. Jahrhundert durchlebten, hatten ein waches Bewußtsein dafür, daß mit ihm etwas Neues Einzug gehalten hatte, daß dies ein Zeitalter des zwanghaften Produzierens (und Konsumierens) politischer Glaubenslehren war. Der britische Philosoph Michael Oakeshott stellte in seinem Überblick über die sozialen und politischen Lehren des zeitgenössischen Europa in den 1930er Jahren fest:

Wir leben in einem Zeitalter von Gemeinschaften, die sich ihrer selbst versichern müssen. Noch das primitivste Regime im heutigen Europa, das Regime, das sich eingeständenermaßen am wenigsten einer systematischen, durchdachten Lehre verdankt, nämlich das faschistische in Italien, scheint blasiert genug zu sein, um sich wie die anderen auf seine eigene Lehre berufen zu wollen. Der Opportunismus wurde so verwässert, daß man ihn zum Prinzip erheben konnte; wir haben nicht nur die Aufrichtigkeit eines Machiavelli verloren, sondern sogar die des *Anti-Machiavel*.¹¹

In einem sehr spezifischen Sinn also war das europäische 20. Jahrhundert nach dem Ersten Weltkrieg ein *demokratisches Zeitalter*. Natürlich waren nicht alle europäischen Staaten demokratisch geworden. Im Gegenteil, viele der neu gegründeten Demokratien wurden in den 1920er und 1930er Jahren zerstört, was dazu führte, daß die Zukunft in den Augen vieler Europäer gerade nicht der liberalen Demokratie, sondern der einen oder anderen Form von Diktatur gehörte. Doch selbst die politischen Experimente, die sich in schroffem Gegensatz zur liberalen parlamentarischen Demokratie verstanden – wie, auf der einen Seite, der real existierende Staatssozialismus mit seinem Versprechen einer vollendet kommunisti-

schen Gesellschaft und, auf der anderen, der Faschismus –, spielten auf der Klaviatur demokratischer Werte. Mitunter gaben sie sich sogar gleich als das Original aus: Gentile beispielsweise erklärte seinen amerikanischen Lesern, daß »der faschistische Staat [...] ein Volksstaat ist und als solcher der demokratische Staat *par excellence*«. ¹²

Selbstverständlich handelte es sich hier beim besten Willen nicht um Demokratien – obwohl, wie wir noch im Detail sehen werden, zahlreiche Verteidiger dieser Regime den Begriff mächtig überstrapazierten, um einer solchen Behauptung Plausibilität zu verleihen. Beide politischen Systeme aber versprachen, Werte zu verwirklichen, die man allgemein mit der Demokratie verbindet: Gleichheit, insbesondere eine substantiellere Form von Gleichheit als die formale Gleichheit vor dem Gesetz; eine echte Einbeziehung in die politische Gemeinschaft; und eine authentische, auf Dauer gestellte Teilhabe an der Politik, nicht zuletzt zu dem Zweck, ein politisches Kollektivsubjekt zu erschaffen (eine gesäuberte Nation etwa oder ein sozialistisches Volk), das dazu fähig wäre, das gemeinsame Schicksal zu meistern. ¹³ So abstrakt dies vielleicht klingen mag, die leidenschaftliche Bejahung derartiger Werte war eine treibende Kraft für die zentralen Projekte einer Abwendung von der liberalen Demokratie. Dies nicht anzuerkennen wäre historisch naiv und zudem eine Form von liberaler Selbstzufriedenheit, die wir – das heißt vornehmlich wir im Westen – uns schlecht leisten können.

Diesen Punkt zu betonen heißt nicht, die Demokratie in Mißkredit bringen zu wollen. In Wirklichkeit unterstreicht er die Wirkmächtigkeit und Attraktivität demokratischer Ideen. Wie der österreichische Jurist Hans Kelsen um die Jahrhundertmitte in einem Aufsatz zur Verwendung demokratischer Vokabulare durch kommunistische Theoretiker schrieb: »Wie es scheint, hat das Symbol der Demokratie einen so allgemein anerkannten Wert erlangt, daß man die Substanz der Demokratie nicht preisgeben kann, ohne das Symbol beizubehalten.« ¹⁴ Obwohl heute, gelinde gesagt, nur noch

wenige die »germanische Demokratie« der Nationalsozialisten oder die osteuropäischen »Volksdemokratien« der Nachkriegszeit verteidigen würden, sollten wir festhalten, daß die meisten »demokratischen Versprechungen« dieser extrem antiliberalen Regime heuchlerisch oder zumindest in der Praxis dysfunktional waren. Es muß aber auch gefragt werden, warum sich diese Regime genötigt sahen, solche Versprechungen überhaupt zu machen. Ihre Rhetorik verrät die grundsätzlicheren Zwänge einer Zeit, in der die Forderung nach Partizipation schlichtweg nicht mehr überhört werden konnte, in der Herrschaftsansprüche sich eines politischen Vokabulars bedienen mußten, das zumindest zum Teil auch das der liberalen Demokratie war – einer Zeit, kurz gesagt, in der der Streit um das wahre Wesen der Demokratie im Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzungen stand.

Wichtiger noch für unsere Gegenwart: Wir können uns auf den besonderen Charakter der nach 1945 in Westeuropa geschaffenen Demokratien nur dann einen Reim machen, wenn wir verstehen, daß sie mit Blick sowohl auf die unmittelbare faschistische Vergangenheit als auch auf die Ansprüche ihrer östlichen Rivalen, die wahre Demokratie zu verkörpern, konzipiert wurden. Diese Nachkriegsdemokratien definierten sich nicht nur in schroffem Gegensatz zu Staatsterror oder aggressivem Nationalismus, sondern auch zur totalitären Vorstellung der uneingeschränkten historischen Handlungsmöglichkeiten von Kollektivsubjekten wie der nationalsozialistischen »Volksgemeinschaft«.

Es wäre nicht falsch, aber historisch viel zu unspezifisch, wenn man behaupten wollte, daß die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts eine »Rückkehr der Demokratie« oder eine »Rückkehr des Liberalismus« erlebte, zunächst im Großteil Westeuropas und später in Süd- und Osteuropa. Vielmehr schufen die Europäer etwas Neues, nämlich eine Demokratie, die – vor allem durch nichtgewählte Institutionen wie etwa Verfassungsgerichte – ausgesprochen starken Einschränkungen unterlag. Das konstitutionelle Ethos, das mit

diesen Demokratien einherging, war den Idealen unbegrenzter Volkssouveränität so entschieden feindlich gesinnt wie den »Volksdemokratien« und später den »sozialistischen Demokratien« im Osten, die theoretisch auf der Vorstellung von einem kollektiven (sozialistischen) Subjekt beruhten, das sich der Geschichte bemächtigt. Es wird oft vergessen, daß dieses neue Bündel von Institutionen nicht durch überkommene politische Sprachen des Liberalismus gerechtfertigt wurde, nachdem ja der Liberalismus in den Augen der meisten Menschen den totalitären Alpträumen des Jahrhunderts überhaupt erst den Weg bereitet hatte. Auch zwei besonders wichtige Nachkriegsinnovationen – der demokratische Wohlfahrtsstaat und die Europäische Gemeinschaft – müssen in diesem Licht gesehen werden: Ersterer sollte einen Rückfall in den Faschismus verhindern (die Konkurrenz mit dem Osten war ein wichtiges, aber letztlich zweitrangiges Anliegen), indem er den Bürgern zu Sicherheit oder sogar, wie der britische Labourpolitiker Nye Bevan einmal sagte, zu »Gelassenheit« verhalf.¹⁵ Die europäische Integration wiederum sollte den nationalstaatlichen Demokratien weitere Beschränkungen durch nichtgewählte Institutionen auferlegen.

Die vorliegende Darstellung bezweifelt, daß es in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg jemals ein goldenes Zeitalter der Demokratie und insbesondere der Sozialdemokratie gab. Im Gegenteil, abgesehen von Großbritannien – und Skandinavien, einem Spezialfall, wie ich im 2. Kapitel zeigen werde – war die westeuropäische Nachkriegsordnung das Werk gemäßigt konservativer, vor allem christdemokratischer Kräfte. Müßte man eine einzige ideelle und parteipolitische Bewegung benennen, die jene politische Welt geschaffen hat, in der die Europäer heute immer noch leben, dann wäre dies die Christdemokratie. Das mag all jene überraschen, die Europa als die gesegnete (beziehungsweise zum Höllenfeuer verdamnte) Insel des Säkularismus in unserer Welt betrachten. Zweifellos hat es der Christdemokratie geholfen, daß sie sich zugleich als antikommunistische Partei *par excellence* und als eine Bewegung

präsentieren konnte, die, im Unterschied zur politischen Pseudo-religion des Faschismus, noch den Kontakt zu einer echten Religion hielt.

Die neue Nachkriegsform der Demokratie sah sich schließlich mit zwei großen Herausforderungen konfrontiert: der Rebellion, die gemeinhin mit der Chiffre »1968« bezeichnet wird, sowie den Rufen nach einem Zurechtstutzen des Staats und einer Befreiung des Marktes und des Individuums, die heute allgemein mit dem Schlagwort »Neoliberalismus« zusammengefaßt werden. Wie schon oft betont wurde, mag die vermeintliche Revolution von 1968 zwar in einer tiefgreifenden Krise der Repräsentation (der Jugend, der Frauen, der Homosexuellen) gewurzelt haben, die politischen Institutionen jedoch ließ sie im wesentlichen unangetastet. Folglich darf man sich sehr wohl fragen, ob 68 überhaupt einen prominenten Platz in einer Geschichte des europäischen politischen Denkens im 20. Jahrhundert verdient. Die Antwort wird freilich positiv ausfallen müssen, weil 68 eine radikale Herausforderung der nachkriegseuropäischen Verfassungsordnung sowie ihrer zentralen Prinzipien einer eingehegten Demokratie darstellte. Langfristig gesehen erbrachten die Nachwirkungen von 68 den Beweis, daß die Verfassungsordnung mit grundlegenden gesellschaftlichen, moralischen und letztlich auch politischen Veränderungen vereinbar war: mit dem Ende einer ganzen Kultur von Ehrerbietung und Hierarchie, ob in der Familie oder an der Universität; vor allem aber damit, daß Frauen (und Homosexuelle) die Verfügungsgewalt über ihre eigenen Körper erlangten.

Der Neoliberalismus bot eine plausible Alternative zu der »Krise der Regierbarkeit« oder »Unregierbarkeit«, von der in den 1970er Jahren viel die Rede war. Auf Großbritannien unter Margaret Thatcher hatte er zweifellos großen Einfluß. Sein ursprüngliches politisches und moralisches Programm jedoch hatte auf wesentlich mehr gezielt als die Schwächung der Gewerkschaften und die Deregulierung der Märkte – ein Umstand, den Thatcher offen einräumte, als

sie 1983 erklärte: »Die Wirtschaft ist nur die Methode. Das Ziel ist es, die Seele zu verändern.«¹⁶ Jemand wie Hayek hätte gerne eine radikal neue Verfassungsordnung gesehen – wozu es ebenfalls nicht kam.

Es gibt keinen Grund, über die westeuropäische Nachkriegsverfassungsordnung, die nach 1989 im wesentlichen auf den Osten ausgedehnt wurde, und die sie stützenden Ideen in Triumphgeheul auszubrechen. Vielmehr könnte ein historisches Bewußtsein dafür, wie die Europäer zu ihr kamen, ein wenig dazu beitragen, die tröstliche Illusion zu zerstreuen, daß die liberale Demokratie der natürliche Sollzustand Europas oder des Westens insgesamt ist.